



Die Bundestagsabgeordneten der Region Schwandorf setzen auf den Ausbau der Schiene. Für den „Alex“ hat Holmeier noch viel Kritik.

FOTO: KELLERMEIER

MdB will Bahn Dampf machen

POLITIK Karl Holmeier beteuert, die Schiene für Schwandorf fest im Blick zu haben. Marianne Schieder fordert ein Umdenken der Bürger.

VON THOMAS RIEKE UND MARTIN KELLERMEIER

SCHWANDORF. So angespannt das Verhältnis zwischen den Unionsparteien und der SPD auf Bundesebene 2019 auch gewesen sein mag, zwei Abgeordnete aus der Region exerzieren vor, dass Teamwork zwischen „Schwarz“ und „Rot“ ganz passabel funktionieren kann. Schon zum zweiten Mal standen Karl Holmeier (CSU) und Marianne Schieder (SPD) jetzt der Lokalredaktion der Mittelbayerischen in Schwandorf Rede und Antwort. Ihre gemeinsame Botschaft: Gut, dass die eine oder andere Personaldebatte innerhalb der SPD endlich beendet ist. Jetzt könne es in der GroKo wieder um Inhalte gehen. Und da brennt es an einigen Stellen – mit Konsequenzen auch für die Menschen in der Region.

Speziell Schieder wurde im Interview manchmal auch emotional. Fragen, ob sie ihren mittlerweile acht Jahre alten Diesel nicht doch bald gegen ein E-Auto austauschen wolle, bringen sie auf die Palme. Natürlich brauche sie ihren Diesel noch, und außerdem wüsste sie derzeit gar nicht, auf welchen Antrieb genau sie bei einem Neukauf setzen sollte.

Große Politik mit lokalem Bezug

Außerdem reagierte sie etwas verärgert, als die Redakteure der Mittelbayerischen darauf hinwiesen, den Schwerpunkt des Gesprächs auf Themen mit lokalem Bezug legen zu wollen, nicht auf die „große Politik“. Das eine sei vom anderen nicht zu trennen, so Schieder. Ob BAföG-Erhöhung oder Anhebung des Kindergelds, ob Grundrente oder finanzielle Entlastung von Angehörigen in der Pflege – all das seien Beschlüsse, die in Berlin gefällt worden seien und konkrete Auswirkungen auf Menschen auch in der Oberpfalz hätten. Holmeier stieß ins selbe Horn. „Für jede Entscheidung, die wir treffen, ist ein lokaler Bezug da.“



Martin Kellermeier, Leiter der MZ-Lokalredaktion Schwandorf (Mitte), im Gespräch mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Marianne Schieder (2.v.r.) und MdB Karl Holmeier (r., CSU). Ferner im Bild: Anna-Maria Ascherl, stellvertretende Redaktionsleiterin, und Redakteur Thomas Rieke.

FOTO: ALEX HUBER

FESTHALTEN AM SÜDOSTLINK

Situation: Der geplante Südostlink, also die Trasse, auf der schon bald möglichst grüner Strom nach Bayern fließen soll, ist in den betroffenen Regionen hoch umstritten. Die oberpfälzer Bundestagsabgeordneten Marianne Schieder und Karl Holmeier werden allerdings nicht müde zu betonen, dass sie von der Notwendigkeit dieser Stromautobahn überzeugt sind.

Dilemma: „Wir wollen aus der Kohle möglichst schnell raus. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist beschlossen. Wer Nein sagt zum Südostlink, muss mir auch sagen, wie künftig die Stromversorgung funktionieren soll“, sagt Schieder. Die Belieferung der Haushalte sei nicht das große Problem, sagt Holmeier. Schwierig sei es, der Industrie die nötige Stabilität zu garantieren.

Holmeier, seit 2009 Mitglied des Bundestags, gehört dem Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur an. Folglich liegt sein Augenmerk unter anderem auf dem Ausbau von Straßen, aber auch auf der Verbesserung des ÖPNV und des Bahnangebots. Im Dezember 2018 hatte Holmeier den Stab über den Alex gebrochen, nachdem die Länderbahn wiederholt durch Unzuverlässigkeiten für Schlagzeilen gesorgt hatte. „In den Alex steig ich nicht mehr ein!“, hatte er gewettert. Daran hat sich nichts geändert, sagt Holmeier. „Der Alex ist eine Katastrophe!“ Hier sei die Bayerische Eisenbahngesellschaft gefordert, sie müsse Druck machen, damit die Missstände beseitigt werden. Notfalls müssten die Defizite auch Konsequenzen in Form von Mittelkürzungen haben.

Weiter am Ball ist Holmeier nach eigener Darstellung in Sachen Bahnmodernisierung und vollständiger Elektrifizierung der Strecke zwischen Regensburg und Prag. In mehrerlei Hinsicht gebe es Fortschritte. Die Dringlichkeitsstufe sei erhöht und ein

Maßnahmengesetz zur Beschleunigung bestimmter Projekte erlassen worden. Auch könnten Kommunen mit finanziellen Entlastungen rechnen. Was speziell die Metropolenbahn München-Prag angeht, so erwartet Holmeier im ersten Halbjahr dieses Jahres die Unterzeichnung des Planungsauftrags. Weiter Druck machen werde er auf eine möglichst baldige Herstellung der Barrierefreiheit des Schwandorfer Bahnhofs. Niemanden sei es vermittelbar, dass kleinere Stationen bereits entsprechend umgebaut würden, die Nutzer des vergleichsweise großen Bahnhofs in der Stadt aber noch darauf warten müssten.

Gemeinsam appellierten Holmeier und Schieder für eine Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Die in Berlin freigegebenen Mittel dürften nicht nur den Großstädten zufließen, auch der ländliche Raum müsse profitieren. Gleichzeitig räumten die Abgeordneten ein, dass man hier vor einem Dilemma stehe, denn es nütze nichts, neue Buslinien einzuführen oder

Bahnstrecken zu reaktivieren, wenn sie nicht genutzt würden. Um die Angebote zum Erfolg zu führen, bedürfe es eines Bewusstseinswandels der Bürger, die auf ihr Auto nie ganz verzichten möchten. Aber, „Es wäre ja schon etwas gewonnen, wenn die Leute den Bus oder die Schiene für den Weg zur Arbeit nutzen würden“, sagt Schieder.

Das Wohl der Region ist zum großen Teil von der Autoindustrie und ihren Zulieferbetrieben abhängig. Was die Politik tun kann, um die Folgen des Strukturwandels abzufedern? Hier war es den MdBs ein Anliegen zu betonen, dass der Einbruch bei den Zulassungszahlen des Diesels nicht in erster Linie „der Politik“ zuzuschreiben sei, sondern jenen Unternehmen, die systematisch betrogen hätten. Andererseits habe so mancher Stellenabbau, der mit der Hinwendung zur E-Mobilität begründet werde, damit eigentlich gar nichts zu tun. Dass Continental den Standort Roding aufgeben, habe rein strategische Gründe zur Gewinnmaximierung, konstatierte Holmeier.

Möglichkeiten sind beschränkt

Die Möglichkeiten der Politik, drohendem Stellenabbau zu begegnen, seien beschränkt, räumten die Abgeordneten ein. Weiterbildung und Umschulungen könne man fördern, außerdem habe man die Kasse für Langzeitarbeitslose und Betriebe geöffnet, die sich fit für die Digitalisierung machen möchten.

Den Klimawandel bezeichneten Holmeier und Schieder als große Herausforderung. Das Paket, das geschürt worden sei, um die Folgen abzumildern, sei ein sinnvoller Kompromiss und „kein Paketchen“. Dass es in Bayern mit der 10H-Regelung ein Instrument gibt, dass den Bau von Windkraftanlagen vielerorts unmöglich gemacht hat, sieht der Abgeordnete aus dem Kreis Cham nicht als großen Widerspruch. Erstens dürfe nicht übersehen werden, dass Kommunen von dieser Regelung sehr wohl abweichen könnten, und zweitens sei es Fakt, dass die Akzeptanz für diese Technik in Bundesländern, in denen sehr viele Windmühlen entstanden seien, rapide abgenommen habe. Schieder verwies auf drei Projekte, die 2019 in Wernberg-Köblitz, trotz „10H“, realisiert wurden oder kurz vor der Fertigstellung stünden.